LL 2 RH Robert Habeck

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Alter:
51

Geschlecht:
m

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich erinnere mich noch sehr genau an einen Parteitag 2005 in Neumünster. Es war ein heißer Tag nach einem unglaublich kalten Wahlkampf, wir waren noch in der rot-grünen Bundesregierung, aber in Schleswig-Holstein waren wir – nachdem die die Wahl von Heide Simonis als Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung mehrfach keine Mehrheit im Landtag gefunden hat – aus der Regierung geflogen. Die Stimmung im Landesverband war moll. Wir hatten Mitglieder verloren und Zustimmung. In Kiel wurde eine Große Koalition gebildet.
In dieser Situation beschloss der Landesverband Schleswig-Holstein einen Kurs der Eigenständigkeit. Ich glaube sogar, dass der Begriff damals erstmals verwendet wurde. Mit dem Begriff verband sich nicht nur eine neue strategische Kraft, nämlich nicht mehr von anderen in Bündnisse eingepreist zu werden, sondern selbst und unabhängig darüber zu entscheiden, mit wem in welcher Konstellation am meisten grüne Politik möglich ist, ein erweiterter Verantwortungsanspruch an uns selbst. Das war uns damals vielleicht gar nicht klar, aber rückblickend erscheint mir dieser Moment als der, in dem wir Grünen beschlossen, sich nicht mehr nur als Vertreterin bestimmter Milieus, von bestimmten Themen zu sein, die die anderen nicht sehen wollten, sondern einen Anspruch zu entwickeln, für die Breite der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Es gibt Wegmarken auf der weiteren Strecke – ich erinnere mich, mit welcher Mischung aus Stolz und Leidenschaft, im Parlament unsere Anliegen zu vertreten, wir 2009 in den Landtag einzogen, wie wir unseren Teil leisteten, die verfeindeten Lager zu einem Gespräch einzuladen, an die Debatten im Plenum und die After-Work-Treffen danach, an stürmische Debatten über den Begriff Heimat auf einer Fraktionsklausur in Leck 2010, die Verfassungsklage gegen das Wahlergebnis von 2009 und die Neuwahl 2012 mit der Regierungsverantwortung, dass wir mit dem Finanzministerium und Monika als Ministerin ins Zentrum des Regierungshandelns vorstießen und ich bis 2018 das Privileg
hatte und Jan es heute hat, mit dem MELUND das Schleswig-Holstein-Ministerium zu führen, die Entscheidung
2017 eine Jamaika-Koalition zu verhandeln und sich nicht, wie sonst immer Praxis, von der SPD, die wie selbstverständlich mit der Union koaliert, in die Opposition drängen
zu lassen, Euer Votum für meine Spitzenkandidatur auf

Bundesebene 2017 – all das, der lange Weg, den wir zusammen gegangen sind, hat mich jetzt hierher geführt. Und ich bewerbe mich um den Listenplatz 2, um gemeinsam mit Euch und aus dem Landesverband heraus das nächste Kapitel zu schreiben.

Meine Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat im Bundestagt ist, nach den amtslosen Jahren als Parteivorsitzender und den mandatslosen Jahren als Minister, auch eine Bewerbung um den Dienst an der Demokratie. Das Parlament als ihr Spiegel ist das Herz einer offenen Gesellschaft. Und es ist ein angegriffenes. Es zu achten und zu schützen, zu stärken und laut schlagen zu lassen, das wäre mir eine Ehre. Ich will Vertreter der Gesamtinteressen unserer Partei und unseres Landes sein, denn immer öfter sind in den letzten Jahren die Positionen unserer Partei im Land mehrheitsfähig geworden. Ich bringe dafür die Fachlichkeit und Kompetenz aus den Regierungsjahren mit, die mir ein profundes Wissen in allen ökologischen Themen – vom Windkraftausbau und Netzausbau, dem Artenschutz und der Landwirtschaft, dem Meeresschutz und Küstenschutz und Rückbau der Atomkraftwerke, dem ländlichen Raum und der Digitalisierung – gaben und als Bundesvorsitzender den Überblick über all die Themen, in denen die Partei in den letzten Jahren weiter politisch gearbeitet hat – Finanzen und Innen und Gesundheit und Flüchtlinge und Wissenschaft – mit. Sie möchte ich jetzt im Bundestag stark machen. Sichtbar machen. Hörbar machen. Mehrheitsfähig machen – indem wir im Bundestag Mehrheiten schaffen.
Viel zu lange regieren wir schon nicht auf der Bundesebene. Anderthalb Jahrzehnte wurde immer erst dann agiert, wenn die Krise so groß war, dass man sie nicht mehr ignorieren konnte – so die mangelnde Regulierung des Bankensektors vor der Finanzkrise 2008 und der fehlende Green New Deal vor der Krise des Euros 2012, das Klammern an das Dublin-System, das dann 2015 kollabierte. Und bei der großen globalen Krise unserer Zeit, der der Erderhitzung, läuft uns die Zeit davon. Nicht ganz richtig wird angesichts der Erderhitzung von einer Klimakrise gesprochen. Das Klima ist letztlich, was es ist. Aber eine Welt der Waldbrände und Wüstenbildung, der Kämpfe um Wasser und Nahrungsmittel wird zu einer Menschheitskrise führen. Bei all den Einzelthemen und Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, geht es darum, ein politisches Verständnis durchsetzen, das vorausschauend agiert und Krisen nach Möglichkeit eben gar nicht entstehen lässt.
Corona ist eine Zeitenwende. Es ist klar geworden, dass Nachhaltigkeit nicht Nachträglichkeit bedeuten kann, dass eine Politik, die nur die negativen Folgen unserer Wirtschaftsweise zu reparieren versucht, an ihrem Ende ist, dass wir stattdessen eine Art „Vorhaltigkeit“ brauchen, die

die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgekosten gar nicht erst entstehen lässt, sondern verhindert.
Wir haben uns angewöhnt, Nachhaltigkeit mit einer Zeitdimension in die Zukunft zu versehen. Sie wird mit „enkeltauglich“ gleichgesetzt. Damit, dass man keinen Raubbau an der Natur vornehmen darf, der zukünftiges Wirtschaften verhindert. Aber Nachhaltigkeit hat auch schon eine Bedeutung für die Gegenwart. Dies muss auch die Art der Politik, selbst verändern: Kooperation statt Konkurrenz, Einvernehmen statt Überheblichkeit, Probleme lösen, statt sie auszusitzen, Veränderung als Bedingung für neuen Halt.
Mit der sozialen Marktwirtschaft wurde dem Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg eine Entwicklungsrichtung gegeben, jetzt müssen wir das Wirtschaftsmodell erweitern zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, die die allgemeinen Regeln neu setzt, durch CO2-Bepreisung, Divestment und Umlenkung der Kapitalanlagen, eine nachhaltige Globalisierung durch Lieferkettengesetze und neue Freihandelsverträge, Klimazölle oder Contracts for Differences verankern, dadurch dass ökologische Schäden – von der Plastikproduktion über die Agrargelder – nicht mehr steuerlich begünstigt werden, sondern umgekehrt: klima- und umweltfreundliches Verhalten.
Wir, die heutige Generation und vor allem wir in den reichen Ländern der nordwestlichen Hemisphäre, verbrauchen mehr, als wir haben. Wir leben von geborgter Zeit und geliehenem Wohlstand. Die ökologischen Kosten unserer Wirtschaftsweise, des ungezügelten Mehr, sind längst nicht mehr tragbar. Sie funktioniert nur noch, weil wir uns über die Konsequenzen selbst täuschen, weil wir verdrängen und nicht hinsehen. Denn der globale Kreislauf führt dazu, dass der reiche Nordwesten die Kosten, auf denen sein Wohlstand basiert, auslagert. Wir importieren Kohle und Öl, deren Abbau bzw. Förderung in Kolumbien oder Nigeria schwere ökologische und soziale Schäden anrichten. Wir nutzen seltene Erden, Lithium, deren Abbau jede Menge Wasser verbraucht, das dann oft der dortigen Landbevölkerung fehlt, oder Kobalt, das im Kongo auch durch Kinderarbeit in engen Gruben gewonnen wird, für Batterien in unseren Handys oder Elektrofahrzeugen. Und wir schicken einen Großteil der Wertstoffe als Müll und Abfall wieder in Staaten wie Malaysia oder Indonesien, wo sie in offenen Deponien in die Umwelt gelangen.
Die Mehrung von Gewinn und Eigentum durch Wachstum als Ziel des kapitalistischen Wirtschaftens kann nicht mehr Selbstzweck sein. Es muss sich anderen Werten unterordnen, Werten, die die Ausbeutung der einen nicht zum Nutzen der anderen machen, sondern die die Globalisierung zu einer globalen Verantwortung machen, bspw. eine Bundesregierung, die sich in Europa dafür einsetzt, dass Handelsverträge zukünftig Regeln für eine ökologischere

und soziale Globalisierung setzen, statt das Gegenteil.

Mit Corona kam jetzt der nächste extreme Einbruch, von dem noch unklar ist, welche Märkte sich wann erholen werden, aber auch, wie die globale Pandemie das Denken verändern kann oder wird.
Martin Luther King hielt am 18. März 1968, kurz vor seiner Ermordung, eine Rede in Memphis vor streikenden Müllleuten. Er sagte, dass die Person, die unseren Müll aufnimmt, letztendlich genauso wichtig ist wie der Arzt. Denn wenn er seinen Job nicht macht, verbreiten sich Krankheiten. Kann die ökonomische Folge und ihre moralische Ursache aktueller zusammengefasst werden?
Corona hat nicht nur die Bedeutung von systemrelevanten Berufen buchstäblich vom Kopf auf die Füße gestellt. Es liefert auch die Matrix für ein neues politisches Paradigma: Weil eine gemeinsam durchgestande Ausnahmesituation zeigt, dass wir es gemeinsam besser können, gemeinsam schaffen können. Weil wir wissen, dass eine bestandene Gefahr Gemeinschaft schafft. Das wäre dann die Grundlage für einen anderen Kapitalismus, vielleicht für etwas ganz anderes, das heute noch keinen Namen hat. Eine Geschichte, die noch nicht geschrieben ist. Aber ist es nicht das, was wir eigentlich alle einmal erleben wollen? Teil einer Geschichte zu sein, die wir selbst schreiben?
An dieser Geschichte mitzuschreiben, dafür bin ich 2018 nach Berlin gegangen. Jetzt führt mich dieser Weg zurück – zu Euch, zu uns. Drei Wahlkämpfe habe ich in verschiedenen Konstellationen für Euch auf Landesebene mit anführen dürfen. Jetzt bewerbe ich mich darum, das gleiche für die Bundestagswahl tun zu dürfen. Dass Konstantin mir ungefragt angetragen hast, dass ich auf Listenplatz 2 kandidiere, spricht für ihn und seinen Teamgeist. Und es zeigt, welcher Geist diesen Landesverband prägt.
Wir stehen vor einer Bundestagswahl, wie sie Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkriegs noch nicht hatte. Erstmals tritt keine amtierende Bundeskanzler*in an. Das verändert die ganze Auseinandersetzung. „Keine Experimente“ und „sie kennen mich“, also die Sprüche der Status quo Bewahrung sind sinnlos für die Regierung, weil der Status quo vergangen ist. Umgekehrt kann die Opposition sich nicht auf „xyz muss weg“-Rhetorik zurückziehen. Alle müssen aus sich heraus, aus eigener Kraft und eigener Überzeugung überzeugen. Das ist für uns als Partei eine Chance. Ja, fast scheint es, als hätten wir uns auf diese Situation seit jenem Parteitag in Neumünster, 2005, vorbereitet.
Wir kämpfen 2021 darum, Deutschland politisch anzuführen. Gemeinsam mit Euch und an der Spitze der

Landesliste Schleswig-Holstein will ich diesen Kampf führen und bitte um Euer Vertrauen dafür.

robert.habeck@gruene.de • www.robert-habeck.de

BEWERBUNG FÜR DEN LISTENPLATZ 2

Landesliste Schleswig-Holstein

Bild: Urban Zintel

ROBERT HABECK

2002 – 2004	*Kreisvorsitzender Schleswig-Flensburg*
2004 – 2009	*Landesvorsitzender Schleswig-Holstein*
2008 – 2009	*Fraktionsvorsitzender Kreistag Schleswig-Flensburg*
2009 – 2012	*Fraktionsvorsitzender Landtag Schleswig-Holstein*
2012 – 2018	*Minister für Umwelt, Energiewende, Landwirtschaft, Ländliche Räume (bis 2017), Reaktorsicherheit, Digitalisierung (ab 2017) und stellvertretender Ministerpräsident (bis 2016).*
Seit 2018	*Bundesvorsitzender*

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich erinnere mich noch sehr genau an einen Parteitag 2005 in Neumünster. Es war ein heißer Tag nach einem unglaublich kalten Wahlkampf, wir waren noch in der rot-grünen Bundesregierung, aber in Schleswig-Holstein waren wir – nachdem die die Wahl von Heide Simonis als Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung mehrfach keine Mehrheit im Landtag gefunden hat – aus der Regierung geflogen. Die Stimmung im Landesverband war moll. Wir hatten Mitglieder verloren und Zustimmung. In Kiel wurde eine Große Koalition gebildet.

In dieser Situation beschloss der Landesverband Schleswig-Holstein einen Kurs der Eigenständigkeit. Ich glaube sogar, dass der Begriff damals erstmals verwendet wurde. Mit dem Begriff verband sich nicht nur eine neue strategische Kraft, nämlich nicht mehr von anderen in Bündnisse eingepreist zu werden, sondern selbst und unabhängig darüber zu entscheiden, mit wem in welcher Konstellation am meisten grüne Politik möglich ist, ein erweiterter Verantwortungsanspruch an uns selbst. Das war uns damals vielleicht gar nicht klar, aber rückblickend erscheint mir dieser Moment als der, in dem wir Grünen beschlossen, sich nicht mehr nur als Vertreterin bestimmter Milieus, von bestimmten Themen zu sein, die die anderen nicht sehen wollten, sondern einen Anspruch zu entwickeln, für die Breite der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Es gibt Wegmarken auf der weiteren Strecke – ich erinnere mich, mit welcher Mischung aus Stolz und Leidenschaft, im Parlament unsere Anliegen zu vertreten, wir 2009 in den Landtag einzogen, wie wir unseren Teil leisteten, die verfeindeten Lager zu einem Gespräch einzuladen, an die Debatten im Plenum und die After-Work-Treffen danach, an stürmische Debatten über den Begriff Heimat auf einer Fraktionsklausur in Leck 2010, die Verfassungsklage gegen das Wahlergebnis von 2009 und die Neuwahl 2012 mit der Regierungsverantwortung, dass wir mit dem Finanzministerium und Monika als Ministerin ins Zentrum des Regierungshandelns vorstießen und ich bis 2018 das Privileg hatte und Jan es heute hat, mit dem MELUND das Schleswig-Holstein-Ministerium zu führen, die Entscheidung 2017 eine Jamaika-Koalition zu verhandeln und sich nicht, wie sonst immer Praxis, von der SPD, die wie selbstverständlich mit der Union koaliert, in die Opposition drängen zu lassen, Euer Votum für meine Spitzenkandidatur auf Bundesebene 2017 – all das, der lange Weg, den wir zusammen gegangen sind, hat mich jetzt hierher geführt. Und ich bewerbe mich um den Listenplatz 2, um gemeinsam mit Euch und aus dem Landesverband heraus das nächste Kapitel zu schreiben.

Meine Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat im Bundestagt ist, nach den amtslosen Jahren als Parteivorsitzender und den mandatslosen Jahren als Minister, auch eine Bewerbung um den Dienst an der Demokratie. Das Parlament als ihr Spiegel ist das Herz einer offenen Gesellschaft. Und es ist ein angegriffenes. Es zu achten und zu schützen, zu stärken und laut schlagen zu lassen, das wäre mir eine Ehre. Ich will Vertreter der Gesamtinteressen unserer Partei und unseres Landes sein, denn immer öfter sind in den letzten Jahren die Positionen unserer Partei im Land mehrheitsfähig geworden. Ich bringe dafür die Fachlichkeit und Kompetenz aus den Regierungsjahren mit, die mir ein profundes Wissen in allen ökologischen Themen – vom Windkraftausbau und Netzausbau, dem Artenschutz und der Landwirtschaft, dem Meeresschutz und Küstenschutz und Rückbau der Atomkraftwerke, dem ländlichen Raum und der Digitalisierung – gaben und als Bundesvorsitzender den Überblick über all die Themen, in denen die Partei in den letzten Jahren weiter politisch gearbeitet hat – Finanzen und Innen und Gesundheit und Flüchtlinge und Wissenschaft – mit. Sie möchte ich jetzt im Bundestag stark machen. Sichtbar machen. Hörbar machen. Mehrheitsfähig machen – indem wir im Bundestag Mehrheiten schaffen.

Viel zu lange regieren wir schon nicht auf der Bundesebene. Anderthalb Jahrzehnte wurde immer erst dann agiert, wenn die Krise so groß war, dass man sie nicht mehr ignorieren konnte – so die mangelnde Regulierung des Bankensektors vor der Finanzkrise 2008 und der fehlende Green New Deal vor der Krise des Euros 2012, das Klammern an das Dublin-System, das dann 2015 kollabierte. Und bei der großen globalen Krise unserer Zeit, der der Erderhitzung, läuft uns die Zeit davon. Nicht ganz richtig wird angesichts der Erderhitzung von einer Klimakrise gesprochen. Das Klima ist letztlich, was es ist. Aber eine Welt der Waldbrände und Wüstenbildung, der Kämpfe um Wasser und Nahrungsmittel wird zu einer Menschheitskrise führen. Bei all den Einzelthemen und Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, geht es darum, ein politisches Verständnis durchsetzen, das vorausschauend agiert und Krisen nach Möglichkeit eben gar nicht entstehen lässt.

Corona ist eine Zeitenwende. Es ist klar geworden, dass Nachhaltigkeit nicht Nachträglichkeit bedeuten kann, dass eine Politik, die nur die negativen Folgen unserer Wirtschaftsweise zu reparieren versucht, an ihrem Ende ist, dass wir stattdessen eine Art „Vorhaltigkeit“ brauchen, die die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgekosten gar nicht erst entstehen lässt, sondern verhindert.

Wir haben uns angewöhnt, Nachhaltigkeit mit einer Zeitdimension in die Zukunft zu versehen. Sie wird mit „enkeltauglich“ gleichgesetzt. Damit, dass man keinen Raubbau an der Natur vornehmen darf, der zukünftiges Wirtschaften verhindert. Aber Nachhaltigkeit hat auch schon eine Bedeutung für die Gegenwart. Dies muss auch die Art der Politik, selbst verändern: Kooperation statt Konkurrenz, Einvernehmen statt Überheblichkeit, Probleme lösen, statt sie auszusitzen, Veränderung als Bedingung für neuen Halt.

Mit der sozialen Marktwirtschaft wurde dem Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg eine Entwicklungsrichtung gegeben, jetzt müssen wir das Wirtschaftsmodell erweitern zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, die die allgemeinen Regeln neu setzt, durch CO2-Bepreisung, Divestment und Umlenkung der Kapitalanlagen, eine nachhaltige Globalisierung durch Lieferkettengesetze und neue Freihandelsverträge, Klimazölle oder Contracts for Differences verankern, dadurch dass ökologische Schäden – von der Plastikproduktion über die Agrargelder – nicht mehr steuerlich begünstigt werden, sondern umgekehrt: klima- und umweltfreundliches Verhalten.

Wir, die heutige Generation und vor allem wir in den reichen Ländern der nordwestlichen Hemisphäre, verbrauchen mehr, als wir haben. Wir leben von geborgter Zeit und geliehenem Wohlstand. Die ökologischen Kosten unserer Wirtschaftsweise, des ungezügelten Mehr, sind längst nicht mehr tragbar. Sie funktioniert nur noch, weil wir uns über die Konsequenzen selbst täuschen, weil wir verdrängen und nicht hinsehen. Denn der globale Kreislauf führt dazu, dass der reiche Nordwesten die Kosten, auf denen sein Wohlstand basiert, auslagert. Wir importieren Kohle und Öl, deren Abbau bzw. Förderung in Kolumbien oder Nigeria schwere ökologische und soziale Schäden anrichten. Wir nutzen seltene Erden, Lithium, deren Abbau jede Menge Wasser verbraucht, das dann oft der dortigen Landbevölkerung fehlt, oder Kobalt, das im Kongo auch durch Kinderarbeit in engen Gruben gewonnen wird, für Batterien in unseren Handys oder Elektrofahrzeugen. Und wir schicken einen Großteil der Wertstoffe als Müll und Abfall wieder in Staaten wie Malaysia oder Indonesien, wo sie in offenen Deponien in die Umwelt gelangen.

Die Mehrung von Gewinn und Eigentum durch Wachstum als Ziel des kapitalistischen Wirtschaftens kann nicht mehr Selbstzweck sein. Es muss sich anderen Werten unterordnen, Werten, die die Ausbeutung der einen nicht zum Nutzen der anderen machen, sondern die die Globalisierung zu einer globalen Verantwortung machen, bspw. eine Bundesregierung, die sich in Europa dafür einsetzt, dass Handelsverträge zukünftig Regeln für eine ökologischere und soziale Globalisierung setzen, statt das Gegenteil.

Mit Corona kam jetzt der nächste extreme Einbruch, von dem noch unklar ist, welche Märkte sich wann erholen werden, aber auch, wie die globale Pandemie das Denken verändern kann oder wird.

Martin Luther King hielt am 18. März 1968, kurz vor seiner Ermordung, eine Rede in Memphis vor streikenden Müllleuten. Er sagte, dass die Person, die unseren Müll aufnimmt, letztendlich genauso wichtig ist wie der Arzt. Denn wenn er seinen Job nicht macht, verbreiten sich Krankheiten. Kann die ökonomische Folge und ihre moralische Ursache aktueller zusammengefasst werden?

Corona hat nicht nur die Bedeutung von systemrelevanten Berufen buchstäblich vom Kopf auf die Füße gestellt. Es liefert auch die Matrix für ein neues politisches Paradigma: Weil eine gemeinsam durchgestande Ausnahmesituation zeigt, dass wir es gemeinsam besser können, gemeinsam schaffen können. Weil wir wissen, dass eine bestandene Gefahr Gemeinschaft schafft. Das wäre dann die Grundlage für einen anderen Kapitalismus, vielleicht für etwas ganz anderes, das heute noch keinen Namen hat. Eine Geschichte, die noch nicht geschrieben ist. Aber ist es nicht das, was wir eigentlich alle einmal erleben wollen? Teil einer Geschichte zu sein, die wir selbst schreiben?

An dieser Geschichte mitzuschreiben, dafür bin ich 2018 nach Berlin gegangen. Jetzt führt mich dieser Weg zurück – zu Euch, zu uns. Drei Wahlkämpfe habe ich in verschiedenen Konstellationen für Euch auf Landesebene mit anführen dürfen. Jetzt bewerbe ich mich darum, das gleiche für die Bundestagswahl tun zu dürfen. Dass Konstantin mir ungefragt angetragen hast, dass ich auf Listenplatz 2 kandidiere, spricht für ihn und seinen Teamgeist. Und es zeigt, welcher Geist diesen Landesverband prägt.

Wir stehen vor einer Bundestagswahl, wie sie Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkriegs noch nicht hatte. Erstmals tritt keine amtierende Bundeskanzler*in an. Das verändert die ganze Auseinandersetzung. „Keine Experimente“ und „sie kennen mich“, also die Sprüche der Status quo Bewahrung sind sinnlos für die Regierung, weil der Status quo vergangen ist. Umgekehrt kann die Opposition sich nicht auf „xyz muss weg“-Rhetorik zurückziehen. Alle müssen aus sich heraus, aus eigener Kraft und eigener Überzeugung überzeugen. Das ist für uns als Partei eine Chance. Ja, fast scheint es, als hätten wir uns auf diese Situation seit jenem Parteitag in Neumünster, 2005, vorbereitet. Wir kämpfen 2021 darum, Deutschland politisch anzuführen. Gemeinsam mit Euch und an der Spitze der Landesliste Schleswig-Holstein will ich diesen Kampf führen und bitte um Euer Vertrauen dafür.